

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 32/3 (2005)

DOI: 10.11588/fr.2005.3.64101

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

politik came to nothing during that time, apart from sharpening the political profile of the SPD by highlighting that there was a rival foreign policy concept.

Although Kiesinger put out feelers for a rapprochement with the East, in particular with Yugoslavia, Poland and Czechoslovakia, they were swiftly withdrawn when the Expellee organisations cried foul. The government fell back on the post war mantra of the Federal Republic's foreign policy towards the East, i.e. the principle that ›Germany‹ still existed within the borders of 1937. Any changes to this fact could be made only in the framework of free negotiations of a peace treaty with the four Allies. Ahonen shows clearly how the cosiness between the Expellee organisations and the CDU/CSU inhibited any moves to develop a constructive policy towards the East and to work up the stamina to see such a policy through. The establishment of this link between foreign policy towards the East and the domestic balance which successive conservative governments tried to strike with the Expellee organisations is the best analytical point of this book. The Expellee organisations were for a long time successful in their effort to establish their revisionist or at least static position towards the East as the post-war policy consensus in the Federal Republic. Ahonen, however, also shows that such positions had lost much of their appeal to the electorate by the late 1960s, neither among groupings with predominantly expellee origins nor among the general population. The 1968 student protests had heralded the coming of a new generation who did not simply accept the wisdoms of their forbearers, who criticised their parents' generation for their commission and omission under the Nazi regime and demanding a right to be heard by those holding power. Despite their origins second-generation expellee children were also caught up in the wave of protest which swept across West Germany. Willy Brandt and his *Ostpolitik* became emblematic for this new age, which also meant the demise of the Expellee organisations, although only slowly. Their stranglehold on government policy towards the East was most obviously broken when the CDU/CSU, which had advocated traditional expellee positions in their election campaign, was defeated at the polls in 1969.

One possible weakness of this book lies in the lack of reference to primary sources. However, a glance at the bibliography shows that Ahonen has extensively consulted archives, libraries and unpublished sources. I assume this was reflected in the footnotes of his PhD thesis to a greater extent than in this book. Although this reduction takes away some of the scholarly splendour, it might well be a deliberate attempt to attract a wider audience than just academic circles. Overall it has become an easily accessible and very readable contribution, which, in its analysis of the expellee problem, fits well the current tendency to place rather more emphasis on the formidable scale of problems West Germany had to contend with in the early post war year.

Thomas HÖRBER, Victoria B. C.

Hope Milliard HARRISON, *Driving the Soviets up the Wall: Soviet-East German Relations, 1953–1961*, Princeton (Princeton University Press) 2003, XX–345 S. (Princeton studies in international history and politics).

Als Harrison 1993 ein Paper über die Beziehungen DDR-Sowjetunion während der zweiten Berlinkrise vorlegte¹, konnte man aufhorchen, zeigte die amerikanische Autorin doch, daß die DDR beträchtlichen Einfluß auf die sowjetische Politik ausübte und nicht reiner Befehlsempfänger war. Sie gehörte somit zu den ersten Autoren, die im verdienstvol-

1 Hope M. HARRISON, *Ulbricht and the Concrete Rose: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961*, Cold War International History Project, Working Paper No. 5, Washington, Mai 1993.

len *Cold War International History Project* des Washingtoner Woodrow Wilson Centers im Rahmen einer Fülle von Arbeitspapieren und Quelleneditionen ein neues Bild vom Ostblock entwarfen. Die Autorin, die 1994 in Ann Arbor mit einer einschlägigen Dissertation promoviert wurde, legt leider erst fast ein Jahrzehnt später das Buch zum Thema vor. Denn in der Zwischenzeit haben nicht nur in Washington und Moskau, sondern auch in Berlin und anderswo gründliche und quellengestützte Untersuchungen ihre Ergebnisse im Kern bestätigt, verfeinert und erweitert. Zu nennen ist vor allem Michael Lemke, der mit mehreren Studien die verhandlungstechnische Stärke gegenüber der Sowjetunion seitens der wirtschaftlich, sozial und politisch schwachen DDR herausgearbeitet hat².

Die späte Publikation ist einerseits schade, denn so wird manches gedoppelt und für einen englischsprachigen Leserkreis neu erzählt, was längst bekannt ist; andererseits setzt Harrison auch einige ganz neue und diskussionswürdige Akzente. Sie leistet einen Beitrag zu dem, was die *New Cold War History* sein will: eine perizentrische Studie des Kalten Krieges (Tony Smith) oder ein Beitrag zu einer »retroactive depolarization« (James Hershberg) – sprich: zu einer Geschichte zumal des Ostblocks, der die Spannungen und Konflikte aus den Archivquellen erarbeitet – nicht die blockartige Geschlossenheit der Aktion, die dann doch oft, und sei es mit militärischen Mitteln, zwischen 1953 und 1989 wieder hergestellt wurde.

Harrison arbeitet breit aus DDR-Archiven und solchen der ehemaligen Sowjetunion, hat darüber hinaus einen hervorragenden Überblick über die allgemeine Forschungssituation zum Ost-West-Konflikt und bezieht die westlichen Quellensammlungen (leider nur die US-amerikanischen, nicht die französischen) geglückt ein. Ihre Grundthese: die DDR unter Walther Ulbricht formulierte weitaus stärker ihre eigene Politik gegenüber dem Westen und das sogar gegen sowjetische Wünsche. Die ersten Kapitel sind den beiden Krisen um den 17. Juni 1953 und um den Ungarnaufstand 1956 gewidmet. In beiden Fällen suchte die sowjetische Führung – einmal direkt nach Stalins Tod, zum anderen nach Chruschtschows Rede auf dem XX. Parteitag – einen milderen Kurs durchzusetzen, der auf mehr Zustimmung der eigenen Bevölkerung in den Blockländern abzielte, beide Male scheiterte sie und griff zur militärischen Repression. Lange Ausführungen widmet Harrison den Biographien Chruschtschows und Ulbrichts und betont, wie diese beiden an die Überlegenheit des Sozialismus glaubenden Menschen dennoch heftig aneinander gerieten. Letztlich seien sie demnach in einer asymmetrischen Symbiose aneinander gebunden gewesen. Der sowjetische Führer erscheint stärker als ein Spieler, der viele Zwecke und Ziele gleichzeitig verfolgte, mit einem Stein im Wasser ausprobierte, was für Kreise dieser zog und welche Positionsvorteile damit gegenüber dem Westen zu erzielen waren. Er inszenierte Bedrohungen als Damoklesschwert über dem Westen, um dann doch Verständigung zu suchen. Die Überlegenheit des Sozialismus stand für ihn ebenso fest wie die Notwendigkeit, den westlichen Eckstein des Imperiums, die DDR, mit allen Mitteln zu halten. Gerade diese Grundüberzeugung des sowjetischen Politikers gab Ulbricht in einer eigenartigen Bindung dieser beiden Männer die Möglichkeit, eigenmächtig zu handeln und Druck auf die doch nur scheinbar so mächtige Sowjetunion auszuüben. Das galt zumal in der zweiten Berlinkrise.

Der DDR-Diplomat Peter Florin machte 1956 einmal das entscheidende Dilemma der DDR deutlich (S. 83): man dürfe den Grundgegensatz des internationalen Systems zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht unterschätzen und müsse daher jede Konterrevolution im Kern erkennen und bekämpfen. Aber man müsse Fehler im sozialistischen Aufbau erkennen und den Sozialismus zu einer Sache der ganzen Arbeiterklasse machen und die Partei nicht von den Massen isolieren. Das war schwer miteinander zu vereinbaren.

2 Vor allem: Michael LEMKE, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963: Interessen und Handlungsspielräume im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995; DERS., *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln 2001.

Ersteres wurde immer wieder von Ulbricht durchgesetzt und somit die Anhänger des zweiten bei verschiedenen Gelegenheiten ausgegrenzt – ob es sich bei Schirdewahn u. a. aber um »liberals« in einem irgendwie bedeutsamen Sinn handelte, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls hat auch Harrison im Rückblick skeptische Einwände, ob der Kurs eines freiheitlicheren Sozialismus überhaupt für die DDR möglich war und nicht zu jedem Zeitpunkt Entwicklungen wie 1989 eingeleitet hätte.

Den Kern der Studie von Harrison machen die Kapitel über die Berlinkrise aus. Hier holt sie nicht so weit aus, wie es sonst gelegentlich für amerikanische Leser sinnvoll sein mag. Danach war Chruschtschow mit seiner Initiative vom Oktober/November 1958 für eine freie Stadt relativ eigenmächtig auch gegenüber den Bündnispartner und in der eigenen Führung vorgeprescht (auch wenn es Mitwissen und Mitarbeiter im Außenministerium gab) und hoffte über die Stabilisierung der DDR hinaus, »that he could kill more than one bird with the stone of his ultimatum to the West« (S. 137), nämlich auch seinen internen und externen Kritikern (China!) zu zeigen, daß er – anders als bei seiner Parteitagsrede 1956 – auch hart gegenüber dem Westen auftreten könne. Die Sorge um eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die Marc Trachtenberg so sehr in den Vordergrund rückte³, sieht Harrison im Vorfeld der Krise zwar als bedeutsam, aber doch als sekundär an; dieses Argument sei sodann in den Hintergrund getreten und fortan primär taktisch und propagandistisch verwandt worden. Die Anerkennung im Westen durch einen neuen Gipfel wie die Behauptung im sozialistischen Lager kamen als weitere Motive des sowjetischen Führers hinzu (S. 116), welche das deutschlandpolitische Motiv überlagerten und zeitweilig für die Verhandlungspartner undeutlich machten. Ulbricht wiederum war sich der starken strategischen Position der durch Flucht ausblutenden DDR bewußt und betrieb eine stärker provokative Politik, behauptete argumentativ nach innen und außen, der Westen habe überhaupt keine Rechte in Berlin, die Bundesrepublik sei – wegen der Pariser Verträge von 1954 – gar kein souveräner Staat. In Moskau sah man nicht nur die Bundesrepublik als Staat, mit dem man diplomatische Beziehungen hatte, sondern in Berlin auch Rechte des Westens seit Potsdam 1945, die dieser erst einmal aufgeben müsse (sprechende Quellenzitate S. 157).

Wie auch immer: Die Sowjetunion suchte die DDR notfalls durch einen bilateralen Friedensvertrag zu konsolidieren – und gerade Ulbrichts hartes und provokatives Auftreten zumal 1961 hatte nach Harrison ein Motiv für Chruschtschow gebildet, eben diese volle Souveränität der DDR nicht zuzulassen. Das ist spekulativ und reicht sehr weit, bildet aber für das letztlich doch überraschende sowjetische Einlenken eine immanent plausible Erklärung. Ihr wären aber noch – über Harrison hinaus – weitere Faktoren hinzuzufügen. Eine Grenzsicherung der DDR gegen einen Abfluß der Bevölkerung, die schließlich im August 1961 zum Mauerbau führte, stellte sich so immer stärker als Minimalziel dar. »Ulbricht's capacity to resist moderating Soviet policies in the early to mid-1950s was replaced by his capacity to compel forceful Soviet policies on Berlin. The tail boldly wagged the dog« (S. 139).

Die Entscheidung zur Grenzsicherung durch Mauerbau wurde auf Drängen der DDR im Juli 1961 getroffen, während die Sowjetunion noch an dem eigentlichen Ziel Friedensvertrag – der Lage der Dinge nach nur mit der DDR – festhielt. Das Warschauer Pakt-Treffen Anfang August wurde nur zur Absegnung dieser Maßnahme benutzt. Harrison macht wahrscheinlich, daß die brutale Abgrenzung der Mauer mit Schießbefehl, sogar die Konfrontation von sowjetischen und amerikanischen Panzern im Oktober 1961 am Checkpoint Charlie, vor allem auf die Ulbrichtsche Linie zurückging. Harrison spitzt geradezu zu: »Khrushchev agreed with Kennedy's desire not to give Ulbricht the capacity to have such

3 Marc TRACHTENBERG, *A Constructed Peace: The Making of the European Settlement, 1945–1963*, Princeton 1999.

control over U.S.-Soviet relations« (S. 217). Dennoch bleibe: »Ulbricht's preference for hardline solutions and Khrushchev's commitment to propping up the GDR at all costs created the wall« (S. 233). Die von der Verfasserin genannten fünf Gründe für Ulbrichts Durchsetzungsfähigkeit (S. 226ff.) lassen sich auf die Persönlichkeiten, die Strukturen der gefährdeten DDR, Chruschtschows Sorge vor innerparteilichen Vorwürfen und den sowjetisch-chinesischen Gegensatz reduzieren.

Man wird Harrisons Position gelegentlich überzogen finden, die Durchgriffsmöglichkeiten und vielleicht auch -willigkeit der Sowjetunion in der DDR und anderswo in ihrem Machtbereich für höher einschätzen, wie es etwa Michael Lemke getan hat. Harrisons klare Argumentation ist jedoch auf saubere Quellenrecherche gestützt und vermag in sich plausible Kombinationen zu bilden. Der »Ostblock«, von dem man m. E. immer noch im Vergleich zur westlichen wesentlich freiwilligeren und leistungsfähigeren Integration reden kann, war weniger monolithisch, als man lange mit dem Blick von außen her angenommen hat, die politischen Beziehungen stellen sich nach Zugang zu den internen Besprechungen als weitaus widersprüchlicher und komplexer dar. Harrison selbst benennt im Ausblick einige weitere erste Monographien für diese Sichtweise. Da ist noch einiges zu erwarten, was dazu beitragen kann, daß der »Kalte Krieg« erst jetzt besser verstanden werden kann: Er war vielleicht gar nicht so durchgehend und epochenprägend. Er hatte möglicherweise im Westen, vor allem aber im Osten sehr viel mit internen Konflikten in den jeweiligen Integrationsbemühungen zu tun.

Jost DÜLFFER, Köln

Volker ERHARD, Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlin-Krise 1958–1962. Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie, Hamburg (Dr. Kovac) 2003, 287 p.

L'ouvrage de Ehrard est issu d'une thèse de doctorat soutenue sous la direction de Klaus Hildebrand à l'Université de Bonn. L'auteur a essentiellement travaillé dans les archives américaines, britanniques et accessoirement françaises, et c'est donc du côté allié qu'il se place délibérément. Que savaient les Alliés sur la politique extérieure d'Adenauer, sur ses visées cachées et en particulier, sur son action secrète lors de la crise de Berlin, de 1958 à 1962? La croyaient-ils réaliste? Quelles pouvaient être pour eux les conséquences de cette politique? Leur connaissance de cette politique les a-t-elle mené à intervenir plus amplement dans les affaires allemandes? Autrement dit, au-delà de l'analyse de la seconde crise de Berlin et de la diplomatie publique et secrète du chancelier Adenauer, ce livre s'attache aussi à montrer comment fonctionnait la diplomatie alliée dans les années de la plus forte tension de la Guerre froide.

Dans le cadre de la deuxième crise de Berlin, le chancelier Adenauer a, à plusieurs reprises, nettement modifié sa politique en direction de l'Est, en particulier dans l'idée de reconnaître la République démocratique allemande (RDA), sous certaines conditions, ce qui aurait été une modification radicale de la politique allemande officielle jusque là. Un certain nombre de livres ont déjà paru sur la politique allemande d'Adenauer. Jusqu'à présent, on avait largement lié l'histoire de la politique extérieure allemande avec la propre politique du chancelier. Les analyses historiques, en particulier celles du début des années 1990 (par exemple les biographies de Hans-Peter Schwarz¹ ou de Henning Köhler²), estimaient déjà que la politique d'Adenauer n'était pas basée sur des concepts très stricts et qu'elle n'avait pas montré

1 Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer, der Staatsmann (1952–1967), Stuttgart 1991.

2 Henning KÖHLER, Adenauer, eine politische Biographie, Berlin 1994.